
Zeit(ungs)geschehen 2007/2008



Zeit(ungs)geschehen 2007/2008

Von Anja Pasquay

Chronik¹

Diese Chronik dokumentiert, was im Berichtszeitraum 2007/2008 für den BDZV bedeutsam war. Sie erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.

1. August

Leichtes Reichweiten-Plus bei jungen Zielgruppen

Die tägliche Zeitungslektüre ist für drei von vier Deutschen unverzichtbar: Trotz zunehmender Konkurrenz durch elektronische Medien erweist sich die Medialeistung der Tageszeitungen bei einem marginalen Rückgang der Reichweiten als stabil. Dies belegt die Media-Analyse 2007 zur Mediennutzung der über 14-Jährigen. Danach erreichen die Tageszeitungen täglich insgesamt 73,2 Prozent der Bevölkerung. Sie bleiben damit für 47,5 Millionen Leser fester Bestandteil der Mediennutzung. Regionale Abonnementzeitungen erzielen eine Reichweite von 61,6 Prozent, überregionale Zeitungen 5,7 Prozent, Kaufzeitungen 21 Prozent. Besonders erfreulich: Ein leichtes Plus wird sowohl in der Altersgruppe von 14 bis 19 Jahren als auch bei den 20- bis 29-Jährigen erzielt.

1) Berichtszeitraum 1. August 2007 bis 31. Juli 2008

7. August

BDZV: Ermittlungsverfahren sind Dreistigkeit

Mit Empörung reagieren die Zeitungsverleger auf Ermittlungsverfahren, die Staatsanwaltschaften in Berlin, München, Hamburg und Frankfurt am Main gegen 17 Journalisten von acht Zeitungen und Zeitschriften angestrengt haben. Der Vorwurf, dass die Journalisten mit Zitaten aus vertraulichen und geheimen Akten des BND-Untersuchungsausschusses des Bundestags Beihilfe zum Geheimnisverrat geleistet hätten, sei purer Vorwand, kritisiert BDZV-Präsident Helmut Heinen. Er diene vermutlich nur zur Rechtfertigung von Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen. Dies werde schon daraus ersichtlich, dass der Vorsitzende des BND-Untersuchungsausschusses, Siegfried Kauder, geäußert habe, dass es irgendwo ein Leck gebe, das gestopft werden müsse. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU, Wolfgang Bosbach, will hingegen eine Gesetzesänderung prüfen, um Journalisten vor Ermittlungen wegen Geheimnisverrats zu schützen. Der Bundestag müsse sich mit dieser Frage beschäftigen, sagt Bos-

bach, sonst gehe ein wichtiges Stück Pressefreiheit verloren.

8. August

Hans Stiff 80

Hans Stiff, langjähriger Vizepräsident des BDZV, vollendet sein 80. Lebensjahr. Der gebürtige Saarländer war drei Jahrzehnte lang für die „Saarbrücker Zeitung“ tätig und wirkte hier von 1979 bis 1990 als Sprecher der Geschäftsführung. Weit über die berufliche Tätigkeit im eigenen Unternehmen hinaus engagierte sich Stiff auch für die gemeinsamen Interessen der Zeitungsbranche. So amtierte er von 1978 bis 1982 als Vorsitzender, danach als stellvertretender Vorsitzender des Verbands der Zeitungsverleger in Rheinland-Pfalz und Saarland. Dem Präsidium des BDZV gehörte er von 1982 bis 1990 als Vizepräsident an; von 1990 bis 1992 war er kooptiertes Mitglied für Fragen der Journalistenausbildung. Für seine ehrenamtliche Tätigkeit ist Hans Stiff vielfach ausgezeichnet worden.

21. August

Zulässigkeit von Gratiszeitungen weiter offen

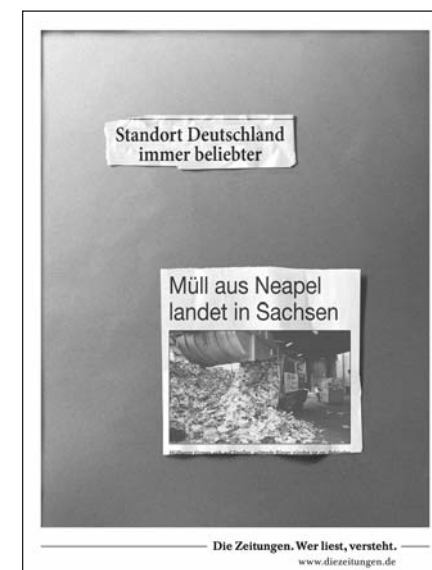
Die grundsätzliche Frage über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Gratiszeitungen in Deutschland bleibt weiter offen. Das Bundesverfassungsgericht nimmt die vom Kölner Verlag M. DuMont Schauberg (MDS) eingelegte Verfassungsbeschwerde zum Erscheinen der Gratiszeitung „20 Minuten Köln“ nicht an. Der konkrete Anlass habe sich aufgrund der Einstellung der Gratiszeitung des norwegischen Schibsted-Verlags erledigt, teilt das Gericht dazu mit. Der Bundesgerichtshof hatte vier Jahre zuvor

entschieden, dass Tageszeitungen die Verbreitung kostenloser Konkurrenzblätter nicht gerichtlich verbieten lassen können und dass Gratiszeitungen mit dem Wettbewerbsrecht vereinbar sind. MDS hatte daraufhin Verfassungsbeschwerde eingelegt.

21. August

Imagekampagne „Die Zeitungen. Wer liest, versteht“ wird fortgesetzt

Die Kampagne „Die Zeitungen. Wer liest, versteht.“ geht in die zweite Runde: Vorgesehen sind eine „Sommerkampagne“ mit Schwerpunkt im August/September sowie eine „Winterkampagne“ für die Monate Dezember 2007 bis Februar 2008. Die Anzeigen provozieren mit Mini-Geschichten, die nur der Informierte für sich deuten kann. Tagesaktuelle Themen werden mit den



Die gemeinsame Kampagne von BDZV und ZMG: „Die Zeitungen. Wer liest, versteht.“ geht in die nächste Runde.

jeweiligen redaktionellen Berichten und Fotos aufgegriffen. Dabei kommen verstärkt regionale Themen zum Zug. Die Kampagne soll vermitteln, dass die Zeitungen nicht nur über den politischen Bereich berichten, sondern dass Zeitunglesen Freude macht.

30. August

Aktivitäten von ARD und ZDF im Internet begrenzen

Vor einer weiteren Expansion der Onlineaktivitäten von ARD und ZDF warnen BDZV-Präsident Helmut Heinen und Hubert Burda, Präsident des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger, in Berlin. Schon die bestehenden Internetangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks drohen, die Vielfalt privatwirtschaftlich organisierter Medien in Deutschland nachhaltig zu beeinträchtigen, bekräftigen beide zum Auftakt der Internationalen Funkausstellung. Die von den

Sendern angekündigte Erweiterung unterlaufe die Vorgaben der EU-Kommission. BDZV und VDZ appellieren an den deutschen Gesetzgeber, die von der EU-Kommission festgestellten Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen und den „Bestand einer freien und vielfältigen Presse“ zu sichern. Die Verlegerverbände fordern, den öffentlich-rechtlichen Auftrag neu zu definieren und eindeutig zu begrenzen sowie die für Onlineaktivitäten eingesetzten finanziellen Mittel zu deckeln.

5. September

Journalistenpreis der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis an sechs Journalisten

Die Zeitungsverleger verfolgen mit Sorge die Attacken gegen die Pressefreiheit in Deutschland. Gerade in jüngster Zeit sei dieses „äußerst sensible Gut“ durch Beschlagnahmeaktionen, Durchsuchungen und Telefonüberwachungen

beschädigt worden, kritisiert Hermann Neusser, Vorsitzender des Kuratoriums für den Theodor-Wolff-Preis und Verleger des Bonner „General-Anzeigers“, anlässlich der Verleihung des Journalistenpreises der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis in Berlin. Erst kürzlich habe es in Zusammenhang mit dem BND-Untersuchungsausschuss eine Serie von Ermittlungsverfahren gegen Journalisten gegeben, die nichts anderes getan haben, als ihrer Arbeit nachzugehen, „nämlich zu recherchieren, zu berichten und – wo immer notwendig – Missstände zu dokumentieren“. Malte von Trotha, Vorsitzender der Geschäftsführung der dpa – Deutsche Presse-Agentur GmbH, die gemeinsam mit dem BDZV die Festveranstaltung ausrichtet, weist auf die Bedeutung von umfassender Recherche und fundierter Berichterstattung hin: „Informationen stehen heute scheinbar in beliebiger Menge und praktisch kostenlos zur Verfügung – das sagt aber nichts über ihre Qualität aus.“ Für ihre hervorragenden journalistischen Leistungen werden ausgezeichnet: Sebastian Glubrecht („Süddeutsche Zeitung“, München), Astrid Geisler („taz – die tageszeitung“, Berlin), Nikolaus Blome („Die Welt“, Berlin), Christoph Wöhrle („Berliner Morgenpost“, Berlin) und Marlon Gego („Aachener Zeitung“/„Aachener Nachrichten“). Den Preis für das Lebenswerk erhält Sibylle Krause-Burger, langjährige Kolumnistin unter anderem für die „Stuttgarter Zeitung“.

6. September

Kritik an Abschluss zu Mindestlöhnen

Das Präsidium des BDZV verurteilt den zwischen dem Arbeitgeberverband Briefdienste und der Gewerkschaft ver.di ausgehandelten Abschluss

zu Mindestlöhnen scharf. Dies sei ein „einmaliger und unwürdiger Vorgang“ in der Geschichte der Tarifpolitik in Deutschland, sagt BDZV-Präsident Helmut Heinen in Berlin. Die Bundesregierung sei jetzt aufgefordert, die Allgemeinverbindlichkeit der Vereinbarung abzulehnen und die durchsichtigen taktischen Manöver rund um den Mindestlohn-Tarifvertrag zu beenden. Alles andere wäre ein schwerer Affront gegen neue Wettbewerber im Postmarkt, zu denen auch viele Zeitungsverlage zählten. „Es drängt sich der Eindruck auf, dass die gesetzlich beschlossene Liberalisierung des Postmarktes in einer unseligen Übereinstimmung von Bundesregierung, Gewerkschaften und dem ehemaligen Staatsunternehmen mit allen Mitteln verhindert werden soll“, bekräftigt Heinen. Dazu zähle auch die noch immer gültige Befreiung der Post AG von der Umsatzsteuer. Es sei ein Unding, dass ein Monopolist mit einem Marktanteil von mehr als 90 Prozent keine Umsatzsteuer zahle, während die Neulinge im Markt vom Fiskus zur Kasse gebeten würden.

11. September

Gebührenurteil ist kein Freibrief für ARD und ZDF

Für die Onlineangebote von ARD und ZDF gibt es keinen Freibrief. Das erklären die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Herabsetzung der von ARD und ZDF für die 2005 bis 2008 geforderten Rundfunkgebühren durch die Ministerpräsidenten wegen einer fehlerhaften Begründung rechtswidrig war. „Das Gericht betont in der Urteilsbegründung mehrfach die notwendige Trennung zwischen der mediengesetzlichen



Festveranstaltung in Berlin: die Preisträger im Umspannwerk, hier mit Malte von Trotha (l.) und Hermann Neusser (2.v.l.).

Konkretisierung des Rundfunkauftrags und der Gebührensatzung“, heißt es dazu von BDZV und Verband Deutscher Zeitschriftenverleger. Nur diese Gebührenfrage sei von medienpolitischen Erwägungen frei zu halten. „Damit bleiben die Ministerpräsidenten in der Pflicht, die Beschränkung der Telemedien von ARD und ZDF auf programmbegleitende Randnutzung fortzuschreiben und zusätzlich die von der Europäischen Union geforderten Begrenzungen zügig umzusetzen.“

12. September

Presserat und Redaktionen bekräftigen Schleichwerbeverbot

Schleichwerbung muss aus Sicht des Deutschen Presserats tabu bleiben. Bei einer Anhörung des Gremiums mit Chefredakteuren und Verlagsverantwortlichen in Bonn sind sich alle Beteiligten einig, dass die Vermischung von Werbung und redaktionellen Inhalten dem Ansehen und den wirtschaftlichen Interessen der Presse schadet. Den Anlass für das Treffen liefern die Zunahme von Beschwerden insbesondere aus dem Bereich des Trennungsgebots (Ziffer 7 des Pressekodex) sowie die sich wandelnden Erwartungen der Redaktionen an die Qualität der Selbstkontrolle.

12. September

Studie: Bürger vertrauen besonders Lokalzeitungen

In puncto Vertrauen steht die Lokalzeitung für die Menschen in Deutschland einer Umfrage zufolge an erster Stelle. 60 Prozent der Deutschen verlassen sich vor allem auf die Inhalte ihrer heimatlichen Zeitungen, teilt das Meinungsfors-

schungsinstitut TNS Emnid in Bielefeld mit. Im Vergleich der untersuchten Medien folgen der öffentlich-rechtliche Hörfunk (53 Prozent), das öffentlich-rechtliche Fernsehen (52 Prozent), Zeitschriften (35 Prozent), privater Hörfunk (31 Prozent) und privates Fernsehen (26 Prozent). Nur jeder fünfte Deutsche vertraut dem Internet.

17./18. September

Zeitungskongress: Europa-Politik im Fokus

Ein „äußerst fragwürdiges Verständnis von Pressefreiheit“ moniert BDZV-Präsident Helmut Heinen bei der deutschen Regierung angesichts der jüngsten Serie von Ermittlungsverfahren gegen Journalisten wegen angeblicher Beihilfe zum Geheimnisverrat. Anlässlich der Eröffnung des Zeitungskongresses im Europa-Parlament in Straßburg sagt Heinen: „Jede Demokratie muss sich daran messen lassen, wie freizügig über die Tätigkeit staatlicher Institutionen berichtet werden kann.“ Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, versichert, dass das Europa-Parlament, wenn es geboten scheine, seine Stimme für die Pressefreiheit erhebe. Valdo Lehari jr., Präsident des Europäischen Zeitungsverlegerverbands ENPA und Verleger des „Reutlinger General-Anzeigers“, betont, dass Pressefreiheit immer dann am besten gedeihe, wenn sie frei von staatlichen Eingriffen gehalten werde. In der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Presse- und Meinungsfreiheit – Wohin steuert (uns) Europa?“ klären die Richterinnen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, Renate Jaeger; der Vorsitzende des Lenkungsausschusses für Massenmedien und Kommunikation im Europarat, Straßburg, Matthias Traimer; sowie Ruth Hier-



Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans Gert Pöttering (r.), hier mit BDZV-Präsident Helmut Heinen, begrüßt die deutschen Zeitungsverleger in Straßburg.



Steve Yelvington: Mit Hilfe des Internets verbessert die US-Lokalzeitung „Bluffton Today“ ihre Reichweiten erheblich.



Lothar S. Leonhard: „In der Rolle als meinungsbildendes Medium hat die Tageszeitung ein Monopol.“

onymi, Mitglied des Europäischen Parlaments (Ausschuss für Kultur und Erziehung), über die Zuständigkeiten ihrer jeweiligen Institutionen auf. Zustimmung findet Hieronymi für ihre Forderung, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen nationalen Verbänden und nationaler Politik und europäischen Verbänden und europäischer Politik gebraucht werde, „um zu verhindern, dass das nationale Recht der Medien im europäischen Wirtschaftsrecht aufgeht“.

Print und Telekommunikation bilden eine vielversprechende Konstellation, versichert am zweiten Kongresstag, der im Europa-Park Rust stattfindet, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Telekom, René Obermann. Zwischen Zeitungsverlagen und Onlinemedien gebe es zahlreiche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Dies soll bei einem Treffen im Frühjahr 2008 noch vertieft werden, zu dem Obermann die Verleger einlädt. Der Chairman der Frankfurter Werbeagentur Ogilvy & Mather, Lothar S. Leonhard, sagt, Onlinemedien und Zeitungen könnten kooperieren. Wichtig sei jedoch, dass der Inhalt der Tageszeitung nicht beliebig werde. Der Schwerpunkt der Verleger müsse auch künftig die gedruckte Zeitung sein. „In der Rolle als Meinungsbildendes Medium hat die Tageszeitung ein Monopol“, versichert Leonhard. Dieses Alleinstellungsmerkmal müsse genutzt werden. Der Geschäftsführer für Strategie und Inhalte von Morris Digital Works (Augusta/Georgia, USA), Steve Yelvington, zeigt am Beispiel der Lokalzeitung „Bluffton Today“, wie ein Unternehmen mit Hilfe des Internets aus praktisch aussichtsloser Situation zurück zu erheblichen Reichweiten und zu Bedeutung für den Standort fand. Jugendforscher Axel Dammler vom Institut icon-

kids & youth in München schließlich warnt vor „Jugend-Ghettos“ in den Zeitungen. Junge Leser müssten – gedruckt oder online – im gesamten Produkt erleben, dass es für sie Relevanz habe. Dabei erläutert Dammler an zahlreichen Beispielen, wie aktuelle Ereignisse, aber auch Menschen mit Vorbildfunktion, zum Beispiel Musiker oder Fußballer, so in der Zeitung präsentiert werden können, dass junge Leser sich in ihren Bedürfnissen angesprochen fühlen. Beim festlichen Abendessen im Europa-Park Rust erleben die Gäste auf Einladung des „Schwarzwälder Boten“ in Oberndorf und der „Badischen Zeitung“ in Freiburg einen von Tänzern, Komikern und Artisten gestalteten Ausschnitt des Show-Programms.

21. September

Gutachten: Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen Grundgesetz

Der Gesetzentwurf zur so genannten Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen das Grundgesetz. Das ist das Ergebnis eines von der Stiftervereinigung der Presse in Auftrag gegebenen Gutachtens. Anlass war der im Frühjahr 2007 vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung, wonach Telefondienstleister, Internetprovider und Anbieter von E-Mail-Adressen die persönlichen Daten ihrer Kunden sechs Monate lang speichern müssen. In diesem Zeitraum können Polizei, Staatsanwaltschaft, Bundesnachrichtendienst, Bundesverfassungsschutz und militärische Abschirmdienste auf den Datenbestand zugreifen, ohne dass ein Verdacht auf eine schwere Straftat erforderlich ist. Medienverbände und Journalistenorganisationen haben vielfach darauf hingewie-

sen, dass auch der gesamte Kommunikationsverkehr von Journalisten von diesen Planungen betroffen wäre und der Quellenschutz damit künftig nicht mehr gewährleistet sei. Laut dem von der Stiftervereinigung der Presse vorgelegten Rechtsgutachten „Datenschutz und presserechtliche Bewertung der Vorratsdatenspeicherung“ stellt die Speicherung von Daten auf Vorrat einen Verstoß gegen das Fernmeldegeheimnis dar. Besonders einschneidend sei, dass die Behörden auf die Daten aller Bürger zugreifen könnten, und zwar unabhängig davon, ob diese einer Straftat verdächtigt werden oder nicht. Ferner wird das Recht der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung verletzt. Darüber hinaus konstatiert das Gutachten einen Verstoß gegen die grundgesetzlich geschützte Pressefreiheit und kommt zu dem Ergebnis, dass der Informantenschutz „gänzlich abgeschafft“ würde, könnten Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdienste auf die Redaktionsdaten zugreifen.

5. Oktober

BDZV: Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze

Die deutschen Zeitungsverleger kritisieren weiterhin scharf den Entschluss der Bundesregierung, private Briefdienste in das Entsendegesetz aufzunehmen und den Mindestlohn-Tarifvertrag für verbindlich zu erklären. In zahlreichen Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder sowie an Bundeskanzlerin Angela Merkel warnen die Verleger vor den katastrophalen Auswirkungen dieses Vorhabens und appellieren, den Wettbewerb bei der privaten Briefdienstleistung nicht zugunsten der Deutschen Post zu manipulieren. BDZV-Präsident Helmut Heinen fordert, es bei den bewährten Verhandlungslösungen zwischen Ar-

beitgebervertretungen und Gewerkschaften zu belassen. Mit Blick auf die geplante postfreundliche Änderung des Entsendegesetzes zur rechtlichen Absicherung des Vorhabens kritisiert Heinen, dass hier Gesetze „im Schnelldurchlauf geändert werden, um den Durchmarsch des Bundesarbeitsministers zu legitimieren“. Das Monopol der Deutschen Post werde auf Jahre zulasten der Verbraucher zementiert.

9. Oktober

Heinrich Meyer Vorstand Stiftervereinigung der Presse

Heinrich Meyer, Herausgeber der „Neuen Ruhr/Neuen Rhein Zeitung“ in Essen, ist neuer Vorstandsvorsitzender der Stiftervereinigung der Presse mit Sitz in Berlin. Meyer folgt in diesem Amt dem Herausgeber des „Mannheimer Morgens“, Rainer von Schilling, nach. Neuer stellvertretender Vorsitzender der Stiftervereinigung ist Rudolph Thiemann, Geschäftsführer des Verlags Neue Bildpost, Hamm.

10. Oktober

Neues Onlinebuchungssystem für Zeitungen

Die ZMG Zeitungs Marketing Gesellschaft und der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) schließen einen Kooperationsvertrag zum OBS Online Booking System. Er schafft die Voraussetzungen für die Erweiterung des bestehenden Buchungssystems des VDZ für die spezifischen Belange der Zeitungsverlage und ihrer Agenturpartner. Damit werden „die Zeitungen zur unbestrittenen Leistung auch noch einen verbesserten Service bieten“, kündigt ZMG-Geschäftsführer Markus Ruppe an. Ein zusätzlicher

Vorteil für die Kunden bestehe darin, dass mit der neuen Lösung Zeitungen und Zeitschriften mit dem gleichen Standard gebucht werden könnten.

10. Oktober

Verfassungsgericht: Zweifel an Onlinedurchsuchung

Die deutschen Zeitungsverleger begrüßen, dass das Bundesverfassungsgericht anlässlich einer Anhörung über das nordrhein-westfälische Verfassungsgesetz deutliche Zweifel an der Onlinedurchsuchung äußert. Der BDZV hatte immer wieder darauf hingewiesen, dass der heimliche Komplettzugriff auf die Computer-Festplatten der Bürger durch die Strafverfolgungsbehörden nicht durch das Grundgesetz gedeckt sei und eine schwere Bedrohung der Pressefreiheit darstelle; denn Journalisten könnten in Zukunft ihren Quellen keinen Schutz mehr zusichern. Vor diesem Hintergrund sei es erfreulich, sagt BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff, dass das Bundesverfassungsgericht grundsätzlich über die Zulässigkeit von Onlinedurchsuchungen entscheiden wolle. Das Urteil wird im Frühjahr 2008 erwartet. Die Nachfragen der Richter machten deutlich, so Wolff, dass das höchste deutsche Gericht gewillt sei, ausnahmslos jedem kritisch auf die Finger zu schauen, wenn es um mögliche Einschränkungen der Grundrechte der Bürger geht.

17. Oktober

Werberat mit mehr Rügen

Unternehmen und Konsumenten sollten rücksichtsvoll miteinander umgehen. Das sagt der Vorsitzende des Deutschen Werberats, Hans-

Henning Wiegmann, anlässlich der Veröffentlichung der Halbjahresbilanz seiner Organisation in Berlin. Von Januar bis Juni 2007 hätten die vom Werberat beanstandeten kommerziellen Werbekampagnen um ein Viertel auf 41 (2006: 33) zugenommen. Daraus dürfe sich kein Trend ergeben, auch wenn der Wettbewerb auf dem deutschen Markt im Vergleich zu anderen in der Europäischen Union besonders heftig sei, appelliert Wiegmann. Die werbende Wirtschaft müsse noch stärker in ihrer Werbung für Waren und Dienstleistungen die Gefühle von Menschen beachten. Zugleich beobachtet das Gremium aber auch einen Anstieg ungerechtfertigter Kritik aus der Bevölkerung an Werbeaktivitäten der Wirtschaft. So seien in der ersten Jahreshälfte Beschwerden zu 110 Kampagnen wegen „überzogener Vorwürfe“ zurückgewiesen worden, gut ein Drittel mehr als im Vorjahr.

24. Oktober

Medienverbände appellieren: Vergabekriterien für Presseausweis beibehalten

Der BDZV appelliert an die Innenminister von Bund und Ländern, die Kriterien für die Vergabe von Presseausweisen in keiner Weise aufzuweichen und die Zahl der ausstellungsberechtigten Verbände nicht beliebig zu vergrößern. Anderenfalls werde die freie, ungehinderte und kritische Berichterstattung durch professionell arbeitende Journalisten deutlich erschwert. Die Innenministerkonferenz (IMK) hatte im Frühjahr 2006 beschlossen, den Kreis der Verbände, die den bundeseinheitlichen Presseausweis ausstellen dürfen, zu erweitern. Hingegen warnen die Zeitungsverleger, wie auch Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, Deutscher Journa-

listen-Verband und dju in ver.di, vor einer „Inflation von Presseausweisen“, da die Mehrzahl der ausstellungswilligen Verbände überhaupt nicht in der Lage sei, die hauptberufliche journalistische Tätigkeit zu überprüfen.

29. Oktober

Studie: Gedruckte Zeitungen bleiben unverzichtbar

Für eine deutliche Mehrheit der Deutschen (78 Prozent) ist die gedruckte Tageszeitung auch in Zukunft unverzichtbar. Gleiches gilt für Zeitschriften im Papierformat, die 75 Prozent der Bundesbürger weiterhin als Druckerzeugnis nutzen wollen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage, die die TNS Emnid Medienforschung in Bielefeld veröffentlicht. Ferner sind 81 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass die klassischen Printmedien ihre Bedeutung gerade für Hintergrundinformationen und tiefer gehende Analysen behalten werden. Knapp die Hälfte der Befragten gibt sogar an, dass die Bedeutung von Zeitungen und Zeitschriften wieder wachsen werde, wenn der aktuelle Internet-Boom abgeklungen sei.

5. November

Heinen: Spielräume für ARD und ZDF im Internet eng begrenzt

Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger fordert die öffentlich-rechtlichen Sender zur Selbstbegrenzung beim Ausbau von Informationskanälen und Onlineangeboten auf. Anderenfalls drohe Deutschland wieder ein Verfahren vor der EU-Kommission, warnt Oettinger, zugleich medienpolitischer Sprecher der CDU, bei einer Medienkonferenz der Konrad-

Adenauer-Stiftung in Berlin. BDZV-Präsident Helmut Heinen erklärt, die Spielräume für die mit Gebühren finanzierten Aktivitäten von ARD und ZDF im Internet seien sehr eng und müssten allein der Programmbegleitung dienen. Dagegen erklären der Vorsitzende der ARD, Fritz Raff, und ZDF-Intendant Markus Schächter, ihre Sender wollten an den Digitalangeboten festhalten und sie weiter ausbauen. „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk lässt sich nicht verbieten, im Onlinebereich stattdessen zu finden“, erklärt etwa Raff und warnt davor, „den öffentlich-rechtlichen Rundfunk von den nachwachsenden Generationen abzuschneiden“. BDZV-Präsident Heinen hingegen kritisiert, dass vor allem das Format „tagesschau.de“ Stück für Stück zu einer „öffentlich-rechtlichen elektronischen Gratiszeitung“ werde und zu einer Schiefelage im Wettbewerb führe. Auch sei das Internet aus seiner Sicht kein Feld für die „Grundversorgung“.

6. November

ENPA kritisiert EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung

Die europäischen Zeitungsverleger sprechen sich gegen eine Beschneidung der Pressefreiheit im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus aus. Eine entsprechende Erklärung wird anlässlich der Jahresversammlung des Europäischen Zeitungsverlegerverbands ENPA in Zürich verabschiedet. Die Verleger aus 26 europäischen Ländern kündigen an, sich „gegen jegliche Eingriffe gegenüber Journalisten und Medienvertretern bei der Ausübung ihrer Arbeit“ zur Wehr zu setzen. ENPA-Präsident Valdo Lehari jun. wendet sich auch gegen die zunehmenden Werbeeinschränkungen in Europa. Zusätzliche Be-

schränkungen wie etwa bei der Automobilwerbung seien „eine eklatante Verletzung des verfassungsmäßigen Schutzes der kommerziellen Kommunikation“.

8. November

Medientage München mit Printgipfel: Angebot im Netz optimieren

Die deutschen Zeitungsverleger sind, wenn es um die Herausforderungen des Internets und die fortschreitende Digitalisierung geht, mutig und sogar hochinnovativ, versichert Bodo Hombach, Geschäftsführer der Mediengruppe WAZ (Essen), beim Printgipfel in München. „Wir experimentieren doch mit Formen, Inhalten, Größe, dem Preis wie nie in unserer Geschichte.“ Klar sind

die Verleger mutig, bestätigt auch BDZV-Präsident Helmut Heinen. Das traditionelle konservative Bild treffe nicht zu. Allerdings bewegten sich die Verlage heute auf Schauplätzen, wo es viel größere, internationale Player gebe. Und da stelle sich durchaus die Frage, „ob unsere Betriebsgrößen noch stimmen“. Uwe Vorkötter, Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, sieht in der von BDZV und Verband Bayerischer Zeitungsverleger (VBZV) gemeinsam veranstalteten Runde unter dem Motto „Ideen, Innovationen, Investitionen“ die Situation deutlich weniger harmonisch. Die Zeitungen hätten endlos darüber debattiert, ob ihre Inhalte und ihre Anzeigenmärkte im Internet karnalisiert würden. „Jetzt ist es zehn Jahre später, wir stehen im



Die Zeitungen experimentieren mit Form, Inhalt, Größe und Preis wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Darüber diskutieren (v.l.n.r.) Uwe Vorkötter, Helmut Heinen, Frank Thomsen (Moderator), Terry von Bibra, Bodo Hombach und Christoph Keese.

Grunde immer noch am Anfang und fragen: Was sollen wir tun?“

Christoph Keese, Chefredakteur von „Welt am Sonntag“ (Berlin) und Welt online, hält Online für ein typisches „Büro-Medium“ mit der stärksten Nutzungszeit mittags. Ausgerechnet für diese Zeit aber machten die auf den späten Redaktionsschluss fixierten klassischen Zeitungen (und ihre Onlinedienste) keine Angebote. Ziel sei es, dass die Zeitung etwas anbietet, „ohne dass der Redakteur doppelt so viel schreiben muss bei schlimmstenfalls halber Qualität“. Bei der Verknüpfung von Angebot und Nachfrage behilflich sein will Terry von Bibra, Geschäftsführer von Yahoo! Deutschland und Vice President Yahoo! International. „Wir sehen uns als Partner der Verlage, nicht als Konkurrenten.“ Kerngeschäft eines Verlags sei es, Inhalte zu schaffen, egal auf welchem Distributionsweg. „Aber im Internet könnten wir mit unserer Expertise behilflich sein und unsere Assets zum gegenseitigen Nutzen vermischen.“

Zuvor hat der erste Vorsitzende des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger und Geschäftsführer der „Augsburger Allgemeinen“, Andreas Scherer, an die Politik appelliert, alles zu unterlassen, was der Entwicklung der Presse schade, und alles zu fördern, was dem Erhalt der Qualität eines vielfältigen redaktionellen Angebots zuträglich sei. Scherer fordert, den Zugang zu Rundfunk und Fernsehen zu erleichtern, denn eine Reglementierung, bei der Zeitungsverlage wegen der Gefahr von Doppelmonopolen und der Knappheit der Frequenzen nur eingeschränkt im Rundfunkbereich tätig sein dürften, sei nicht mehr zeitgemäß. Staatsminister Eberhard Sinner, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, ver-



Wie man auch ein junges Publikum für sich gewinnen kann, zeigt Eugen A. Russ, Verleger der „Vorarlberger Nachrichten“ in Schwarzach (Österreich).

spricht in seiner Begrüßungsrede: „Wir wollen Wettbewerbsgleichheit schaffen, damit sich Zeitungsverlage zu multimedialen Verlagshäusern entwickeln und crossmedial tätig werden können.“ Diese Vorgabe werde auch in die Novellierung des Bayerischen Mediengesetzes einfließen.

Im Zeitalter des Mitmach-Webs schätzen Nutzer vor allem eines: Qualitätsjournalismus. Darin sind sich die Teilnehmer am ebenfalls von BDZV und VBZV veranstalteten Zeitungspanel „Community auf allen Kanälen – Was wollen die Nutzer von den Verlagen?“ völlig einig. Mit Best-Practice-Beispielen kommen zu Wort: Peter Stefan Herbst, Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“; Annik Rubens, Journalistin und Erfinderin des preisgekrönten Podcasts „Schlaflos in München“; Jochen Wegner, Chefredakteur von

focus.de; Frank Thomsen, Chefredakteur von stern.de; sowie Eugen A. Russ, Verleger der „Vorarlberger Nachrichten“ in Schwarzach (Österreich).

12. November

ABZV mit neuem Vorstand

Die Akademie Berufliche Bildung der deutschen Zeitungsverlage (ABZV) hat einen neuen Vorstand: Vorsitzender ist Dietmar Wolff, Hauptgeschäftsführer des BDZV. Stellvertretender Vorsitzender ist Udo Becker, Geschäftsführer des Zeitungsverleger Verbands Nordrhein-Westfalen. Ferner gehört dem Vorstand Dirk Glock, Geschäftsführer des Verbands Hessischer Zeitungsverleger (VHZV), an. Wolff und Glock folgen Volker Schulze, langjähriger BDZV-Hauptgeschäftsführer und Gründer der ABZV, und Gerhard Ohnesorge, langjähriger VHZV-Geschäftsführer, nach, die nicht mehr kandidierten.

14. November

Herber Schlag gegen die Pressefreiheit

Der BDZV kritisiert die Bundestagsentscheidung zur Kommunikationsüberwachung und Vorratsdatenspeicherung in Berlin scharf. Der Schutz der Pressefreiheit bleibe auf der Strecke, denn anders als Parlamentsabgeordnete und Strafverteidiger, die von der Telekommunikationsüberwachung ausgenommen werden, soll bei Journalisten nur im Einzelfall eine Verhältnismäßigkeitsprüfung erfolgen. Mit dem jetzt verabschiedeten Gesetz werde das Berufsgeheimnis aufgebrochen und der Informantenschutz ausgehebelt, betont der BDZV. Jeder seriöse und investigative Journalismus werde im Kern getroffen. „Dieses Gesetz kann vor der Verfassung

keinen Bestand haben“, entsprechende Verfassungsbeschwerden seien bereits angekündigt.

6. Dezember

Trauer um Rainer von Schilling

Rainer Freiherr Schilling von Canstatt, Mitgesellschafter der Dr. Haas Medienholding und langjähriger Herausgeber des „Mannheimer Morgens“, stirbt in seinem 73. Lebensjahr in Mannheim. Der in Witten geborene von Schilling hatte 1965 seine Laufbahn beim „Mannheimer Morgen“ begonnen und war von 1976 bis 2004 Herausgeber der Zeitung. Über die Tätigkeit für das eigene Unternehmen hinaus engagierte er sich in vielfältiger Weise für die gemeinsamen Interessen der Zeitungsbranche und machte sich insbesondere mit seinem Eintreten für die Pressefreiheit auch international einen Namen. Viele Jahre stand von Schilling an der Spitze der von BDZV und Verband Deutscher Zeitschriftenverleger getragenen Stiftervereinigung der Deutschen Presse und trat auch mit diesem Gremium vehement für die Pressefreiheit ein.

7. Dezember

Presseausweis bleibt Qualitätsnachweis

Mit Bedauern reagieren BDZV, Deutscher Journalisten-Verband, Verband Deutscher Zeitschriftenverleger und dju in ver.di auf den Beschluss der Innenministerkonferenz, wonach der bundeseinheitliche Presseausweis ab 2009 auf der Rückseite nicht mehr den „Vorsitzenden der Innenministerkonferenz“ als Absender aufführen darf. Zugleich kündigen die ausstellenden Verbände an, dass der Presseausweis als qualifiziertes Arbeitsmittel der Journalisten in der ge-

wohnten Qualität erhalten bleibe. Auch weiterhin werde der Ausweis nur an hauptberuflich tätige Journalisten ausgegeben.

18. Januar

Fußball-Europameisterschaft mit Onlinefotos

Die Ausgestaltung der Akkreditierungsrichtlinien für die Berichterstattung über die Fußball-Europameisterschaft 2008 ist Gegenstand mehrerer Gespräche des Europäischen Zeitungsverlegerverbands ENPA mit der UEFA, an denen auch ENPA-Präsident Valdo Lehari jr. und UEFA-Präsident Michel Platini beteiligt sind. Einige der ursprünglich von der UEFA geplanten Beschränkungen werden danach aufgehoben oder maßgeblich geändert. So will die UEFA zum Beispiel für die Veröffentlichung von Fußballbildern im

Internetangebot der Zeitungen, anders als ursprünglich vorgesehen, keine Mengenbeschränkungen. Einzige Bedingung ist eine zeitliche Verzögerung von jeweils 20 Sekunden.

22. Januar

Karlsruhe schränkt Recht zur Gegendarstellung in Medien ein

Das Recht Betroffener zur Gegendarstellung gegen ungünstige Medienberichte wird vom Bundesverfassungsgericht eingeschränkt: Danach sind die Medien nur dann zur Verbreitung einer Gegendarstellung verpflichtet, wenn sich diese auf eine eindeutige Behauptung in einem Bericht bezieht. Fühlt sich der Betroffene lediglich durch eine fernliegende Interpretation des Textes nachteilig dargestellt, hat die Pressefreiheit den Vorrang.



Die siegreichen Karikaturisten bei der „Rückblende“ (v.l.n.r.): Wolfgang Horsch, Andreas Prüstel und Klaus Stuttmann, rechts daneben BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff.

23. Januar

Karikaturenpreis der deutschen Zeitungen an Klaus Stuttmann

Klaus Stuttmann ist der Träger des mit 5.000 Euro dotierten Karikaturenpreises der deutschen Zeitungen, den der BDZV zum achten Mal ausgeschrieben hat. Die Auszeichnung wird anlässlich der Ausstellung „Rückblende 2007“ in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin übergeben. Erfolgreich ist Stuttmann, der regelmäßig für den Berliner „Tagesspiegel“ zeichnet, mit einer Karikatur zum Thema Überwachungsstaat. Platz zwei und 2.000 Euro gehen an Wolfgang Horsch und die „Süddeutsche Zeitung“ in München; dritter Preisträger (1.000 Euro) ist Andreas Prüstel mit einer in der „taz – die tageszeitung“ (Berlin) erschienenen Karikatur. Den Preis für die „politische Fotografie 2007“ erhält Fabian Bimmer (Associated Press). Von Berlin aus wird die „Rückblende“ mit 50 Karikaturen und 100 Fotos auf Reisen nach Bonn, Brüssel, Hamburg, Leipzig, Mainz und Trier gehen.

30. Januar

Hans-Wilhelm von Viereck 70

Hans-Wilhelm von Viereck, zuletzt Geschäftsführer der „Süddeutschen Zeitung“ in München, vollendet sein 70. Lebensjahr. Von Viereck war nach Studium und ersten Stationen in Brüssel und Paris einen Großteil seiner beruflichen Laufbahn als Verlagsleiter und später Geschäftsführer für Titel aus dem Verlag Axel Springer tätig. Daneben hatte er zehn Jahre lang den Vorsitz des Berliner Landesverbands inne und sorgte in dieser Zeit für die Zusammenführung zum Verein der Zeitungsverleger in Berlin und Brandenburg.

7. Februar

Wilhelm Sandmann 75

Wilhelm Sandmann, Ehrenmitglied des BDZV-Präsidiums, vollendet sein 75. Lebensjahr. Der aus Münster stammende Verlagsmanager begann seine berufliche Karriere in den Druckunternehmen des Verlags Axel Springer in Hamburg und Berlin. Seit 1970 gehörte er der Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. an und wurde hier 1984 Vorsitzender der Geschäftsführung und Verleger der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ sowie der „Neuen Presse“. Im selben Jahr wurde Sandmann auch zum Vizepräsidenten des BDZV gewählt, 1992 übernahm er das Amt des Präsidenten und wurde nach seinem Ausscheiden im Jahr 2000 zum Ehrenmitglied des Präsidiums ernannt. In die BDZV-Präsidentschaft Sandmanns fielen unter anderem die Gründung der ZMG und die Weichenstellung für die Verlegung des Verbandssitzes nach Berlin sowie der damit verbundene Bau des Hauses der Presse in der Markgrafenstraße. Für seine Verdienste um die Zeitung ist der Verleger unter anderem mit dem Großen Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens ausgezeichnet worden.

8. Februar

Weltverband der Zeitungen mit Kampagne für Pressefreiheit

Der Weltverband der Zeitungen (WAN) in Paris ruft Verleger, Herausgeber und Redakteure zur Mitwirkung an einer Kampagne auf, die im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking auf die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und freien Information in China aufmerksam ma-

China hält einen Rekord den niemand brechen kann

Am 8. August 2008 beginnt in China das größte Sportereignis der Welt: die Olympischen Sommerspiele.

Zeit für neue Weltrekorde und grosse Siege, die ihren Platz in den Geschichtsbüchern des Sports finden werden.

Es gibt jedoch einen Rekord, den China schon heute hält, und den niemand so schnell wird brechen können.

Das Gastgeberland der nächsten Olympischen Spiele ist das weltweit größte Gefängnis für Journalisten.

Über 30 Journalisten sitzen gegenwärtig in chinesischen Haftanstalten ein. Viele von ihnen verbüssen Strafen von zehn oder mehr Jahren, die in der Regel in Schnellverfahren hinter verschlossener Tür verhängt wurden.

Was sie verbrochen haben? Sie haben schlicht zu kritisch, zu ehrlich oder zu beharrlich berichtet.

Das weltweit größte Gefängnis für Journalisten zu sein, ist nichts, worauf man stolz sein könnte.

Wenn wir uns im August 2008 zu den Olympischen Sommerspielen versammeln, dann lieber in einem Land, dessen Gefängnisraum Journalisten nur von aussen kennen.

Teilen Sie das Peking ruhig mit.
Beteiligen Sie sich an unserer Kampagne für Pressefreiheit in China:
www.wan-press.org/china
Weltverband der Zeitungen

Mit einer großen Kampagne erinnert der Weltverband der Zeitungen (WAN) die chinesische Regierung an ihre Reformversprechen im Vorfeld der Olympischen Spiele.

chen will. Die Knebelung der Medien in China werde von Tag zu Tag schlimmer, dutzende Journalisten seien inhaftiert, heißt es dazu vom WAN. Zeitungen weltweit würden deshalb gebeten, unentgeltlich entsprechend gestaltete Anzeigen abzdrukken, um auch ihre Leser auf die untragbare Situation aufmerksam zu machen.

8. Februar

Europäischer Verlegerverband kritisiert Werbebeschränkungen

Gegen weitere Werbebeschränkungen in Europa wendet sich der Präsident des Europäischen Zeitungsverlegerverbands (ENPA), Valdo Lehari jr. Er kritisiert insbesondere Pläne der EU zu neu-

en Regeln bei der Automobilwerbung. Dies sei ein „Bruch des verfassungsrechtlichen Schutzes der Werbefreiheit. Werbefreiheit ist ein Bestandteil der Meinungs- und Pressefreiheit“, betont Lehari, zugleich Verleger des „Reutlinger General-Anzeigers“. Anlass ist ein Beschluss des EU-Parlaments, dass Angaben zu CO₂-Ausstoß und Kraftstoffverbrauch mindestens 20 Prozent der Werbefläche von Anzeigen und Plakaten einnehmen sollen.

12. Februar

Wie hält Putin es mit der Pressefreiheit?

Bedrohungen, Inhaftierungen und Morde an Journalisten in Russland lassen die Sorge um Pressefreiheit und Demokratie unter dem Regime des russischen Präsidenten Vladimir Putin wachsen, zumal im Frühjahr 2008 ein Personenwechsel an der Spitze des Staates bevorsteht, der nicht notwendigerweise einen Machtwechsel bedeutet. Vor diesem Hintergrund veranstaltete der BDZV und die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen (RoG) im Haus der Presse eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Russland vor den Wahlen – Welche Rolle spielen die Medien?“. Ein differenziertes Bild der Situation zeichnet der Russlandkorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Michael Ludwig, vor den rund 130 Gästen. Man müsse unterscheiden zwischen den Korrespondenten aus dem Ausland und den gut vernetzten russischen Journalisten. Gerade in der Provinz sei die Recherche als Folge der Zentralisierung durch Moskau schwieriger geworden. Die Reporterin der Moskauer „The New Times“, Natalia Morar, berichtet, dass es in Russland Themen gibt, die „tabu sind, über die nicht ge-



In der russischen Provinz wird die Recherche für ausländische Journalisten immer schwieriger, berichtet der Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen“, Michael Ludwig (l.), hier mit (v.l.n.r.) Dolmetscherin, Natalia Morar, Miodrag Soric (Moderator), Dimitri Tultschinski und Klaus Bednarz.

schrieben und nicht geredet werden darf“. Weil Morar es trotzdem tat, darf die moldawische Journalistin seit Wochen nicht nach Russland einreisen. Klaus Bednarz, WDR-Sonderkorrespondent und Chefreporter Fernsehen, macht klar, dass es in Russland keinen landesweiten Fernsehkanal gibt, der nicht „direkt oder indirekt vom Kreml kontrolliert wird“. Angesichts der zahlreichen positiven Berichte über Putin hat nach seinem Urteil „der Personenkult im russischen Fernsehen das gleiche Niveau erreicht „wie zu Zeiten Breschnews“. Die Wirklichkeit sei doch komplexer, protestiert Dimitri Tultschinski, Leiter des Deutschland-Büros der russischen Nachrichtenagentur Ria Novosti. Keineswegs seien die russischen Medien alle gleichgeschal-

tet, selbstverständlich gebe es Gelegenheit zu Kritik – und die werde auch wahrgenommen.

18. Februar

Spitzengespräch mit Vertretern der Kirchen

Die Veränderung der klassischen Medienmärkte und -kulturen durch das Internet sowie damit verbundene Anpassungen der politischen Rahmenbedingungen stehen im Zentrum eines Gesprächs zwischen Vertretern der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger sowie der katholischen und der evangelischen Kirche in Bonn. Religiöse Themen gerade bei jüngeren Zielgruppen seien populär, erklären mehrere Teilnehmer übereinstimmend. Ohnehin seien die Menschen weit

mehr als früher bereit, über ihre religiösen Empfindungen zu sprechen. Bemerkenswert sei auch, dass sich die Sprache der Medien im Zusammenhang mit Kirchenthemen stark verändert habe und heute von einer „neutraleren Position aus“ über die Kirche berichtet werde.

26. Februar

Ausgezeichnet! Maxim Leo und Jochen-Martin Gutsch lesen im Haus der Presse

„Ausgezeichnet! Journalisten lesen und erzählen“ heißt eine Veranstaltungsreihe, die der BDZV in loser Folge im Berliner Haus der Presse anbietet. Hier lesen Träger des Journalistenpreises der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis, die auch als Buchautoren hervorgetreten sind, vor geladenem Publikum aus ihren Werken. Diesmal sind es Jochen-Martin Gutsch (Preisträger 2004) und Maxim Leo (Preisträger

2006) mit ihrem gemeinsamen Band „Single. Family – Zwei Männer. Zwei Welten. 66 wahre Geschichten“.

27. Februar

Karlsruher Urteil zur Onlinedurchsuchung setzt enge Grenzen

Der BDZV begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Onlinedurchsuchung als „dringend notwendige Klarstellung“. Zwar wäre es konsequenter gewesen, Onlinedurchsuchungen gänzlich zu verbieten, doch knüpfe das Bundesverfassungsgericht die Durchsuchung an sehr hohe rechtliche Hürden. Jetzt müsse, fordern die Zeitungsverleger, allerdings mit großer Sensibilität darauf geachtet werden, dass die engen Vorgaben des Karlsruher Urteils in den Gesetzgebungsverfahren und Gesetzen auch tatsächlich berücksichtigt würden.



Das Leben mit Frau und Kindern kann sehr schön sein – das Leben ohne auch. Kolumnen aus dem wahren Leben lesen die beiden Theodor-Wolff-Preisträger Jochen-Martin Gutsch (l.) und Maxim Leo.

27. Februar

3. Konferenz „Kinder und Zeitungen“

Marketing und Forschung setzen immer früher an, wenn es um die Interessen Jugendlicher geht – ist die Kindheit schon mit zehn Jahren vorbei? Gibt es ein redaktionelles Angebot, mit dem sich alle Kinder erreichen lassen – oder müssen die Redakteure sich überlegen, ob die Adressaten eher Jungen oder Mädchen sind? Sind Kindernachrichtenseiten in der Zeitung das Mittel der Wahl – oder sollten Kinder besser ihre eigene Zeitung bekommen? Fragen wie diese stehen im Mittelpunkt der 3. Konferenz „Kinder und Zeitung“, zu der BDZV und ZV Zeitungs Verlag Service GmbH geladen haben. Vor den rund 120 Teilnehmern – darunter auch Gäste aus Österreich, Schweden, Finnland und vom Weltverband der Zeitungen – nutzt BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff die Gelegenheit, auch für die Leseförderungsinitiative „SCHmitZ“ zu werben, die der BDZV gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz vor eineinhalb Jahren aus der Taufe gehoben hat. Präsentiert werden Best-Practice-Beispiele, wie die von 13 Verlagen getragene „Kinder-Zeitung“ des Verbands Deutscher Lokalzeitungen, das „Lebenszyklus-Modell“ der „Mittelbayerischen Zeitung“ in Regensburg, die Internetzeitung „Galaxo“ der „Mitteldeutschen Zeitung“ in Halle und die „gläserne Redaktion“ des sh:z Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags in Flensburg. Vorgestellt werden die Agenturdienste für Kinder der Deutschen Presse-Agentur und des ddp in Kooperation mit der Bremer Agentur für Kindermedien. Mit „KinderCampus“ wird ein Internetangebot zur Diskussion gestellt; der Hörfunk ist mit den



„Wir sind in Deutschland davon besessen, zu belehren und zu erklären, damit die Kinder die Welt verstehen. Das funktioniert aber so nicht“, meint Axel Dammler vom Münchner Institut iconkids & youth.

WDR-Formaten „Bärenbude“ und „Lillipuz“ vertreten. Wissenschaftlich unterfüttert werden die verschiedenen Befunde mit Untersuchungen des Münchner Instituts iconkids & youth. Eine der Erkenntnisse: „Wir sind in Deutschland davon besessen, zu belehren und zu erklären, damit die Kinder die Welt verstehen. Das funktioniert aber nicht. Wir müssen sie emotional andocken.“

5. März

Streitgespräch: Dürfen ARD und ZDF online Zeitung machen?

Dürfen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ARD und ZDF im Internet alles tun, was sie gerne möchten – oder gibt es doch Grenzen für die gebührenfinanzierten Sender, und wie



Die öffentlich-rechtlichen Sender bieten im Internet auch Texte an, für die sie eigentlich keine Legitimation haben. Das meint der Presserechter Hubertus Gersdorf (r.), hier mit (v.l.n.r.) Dietmar Wolff, Hans-Joachim Otto, Marc-Jan Eumann und Franz Sommerfeld (Moderator).

und von wem werden diese definiert? Um diese Frage kreist eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Communities, Mediatheken, Onlinepresse – Wo ist die Grenze für ARD und ZDF?“, zu der BDZV, Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) und die Stiftervereinigung der Presse ins Berliner Haus der Presse eingeladen haben. Klärung soll vorab ein von der Stiftervereinigung in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten bringen, in dem der Kommunikationsrechtler Hubertus Gersdorf zu dem Schluss kommt, dass die öffentlich-rechtlichen Sender im Internet letztlich nicht legitimierte Textdienste anbieten, die in Konkurrenz zu Zeitungen und Zeitschriften stehen. Diese aber sind durch das Bundesverfassungsgericht per „Institutsgarantie“ als freie Presse geschützt. ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender

erklärt die Diskussion vor knapp 100 interessierten Zuhörern zu einer „sehr deutschen“ – und damit für andere Europäer absurden – Debatte. Die Hauptgeschäftsführer von BDZV und VDZ, Dietmar Wolff und Wolfgang Fürstner, verweisen auf die Anforderungen Europas und die ungleichen Wettbewerbsbedingungen am deutschen Werbemarkt zulasten der Presse. ZDF-Justiziar Carl-Eugen Eberle kontert aus dem Publikum mit den Worten, dass die öffentlich-rechtlichen Sender durch Gebühren finanziert würden, „weil wir einen Auftrag haben und dem nachkommen“. Wenn andere dann Marktanteile verlören, sei das eben Pech. Dagegen sieht Hans-Joachim Otto, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, im Internet bereits eine „Qualitätsvielfalt ohne Ende“

verwirklicht. Eine Notwendigkeit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gebe es also ausdrücklich nicht. Marc-Jan Eumann, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, wiederum hat zwar gegen die Aktivitäten nichts einzuwenden, kritisiert jedoch, dass ARD und ZDF trotz ihrer Gebührenprivilegien die Zielgruppe der 14- bis 39-Jährigen mit ihren Inhalten nicht erreichen.

10. März

Otto Wolfgang Bechtle 90

Otto Wolfgang Bechtle, Herausgeber der „Eßlinger Zeitung“ und früherer Vizepräsident des BDZV, vollendet sein 90. Lebensjahr. Der Verleger hat die Pressegeschichte Baden-Württembergs in den vergangenen sechs Jahrzehnten entscheidend mitgestaltet: Bechtle war Mitbegründer des Verbands Südwestdeutscher Zeitungsverleger (VSZV) und stand später, von 1970 bis 1987, an dessen Spitze. Von 1963 bis 1970 wirkte er als Vizepräsident des BDZV und war lange Jahre Vorsitzender der Tarifkommission des Verbands. Ferner gehörte er den Gremien des Deutschen Presserats und der Deutschen Presse-Agentur an und ist heute Ehrenvorsitzender des VSZV wie des dpa-Aufsichtsrats. Otto Wolfgang Bechtle ist unter anderem Träger des Sterns zum Großen Bundesverdienstkreuz und Ritter der französischen Ehrenlegion.

12. März

Presserat auch für redaktionelle Inhalte der elektronischen Presse zuständig

Der Deutsche Presserat will seine Zuständigkeit auf journalistisch-redaktionelle Inhalte der elektronischen Presse ausdehnen. Hierzu beruft das

Gremium in Bonn eine Expertenkommission ein. Durch den Presserat sind neben der Verantwortung für Inhalte und mögliche Ergänzungen des Pressekodex auch die Anforderungen an das Beschwerdeverfahren sowie der Umfang der Selbstverpflichtung der Verlage zu klären. Die Arbeitsgruppe will Mitte 2008 den Entschlussgremien des Presserats konkrete Vorschläge zur Erweiterung unterbreiten.

18. März

Prinzessin Caroline verliert im Streit um Pressefotos

In der seit dem ersten „Caroline-Urteil“ 1999 anhaltenden Auseinandersetzung um Fotos von Prinzessin Caroline von Hannover stärkt das Bundesverfassungsgericht der Unterhaltungs- und Presse den Rücken: Nach einem Beschluss sind Berichte und Fotos über das Privatleben Prominenter grundsätzlich von der Pressefreiheit geschützt. Dazu gehörten nicht nur Skandale, sondern auch „die Normalität des Alltagslebens“. Voraussetzung sei allerdings, dass die Berichte der „Meinungsbildung zu Fragen von allgemeinem Interesse“ dienen. Der BDZV begrüßt, dass bei der Abbildung von Prominenten – so genannten absoluten Personen der Zeitgeschichte – künftig der Informationswert der dazu gehörenden Berichterstattung grundsätzlich auch unterhaltende Beiträge umfasst. Dies war im März 2007 vom Bundesgerichtshof noch deutlich restriktiver ausgelegt worden. Zugleich bedauern die Zeitungsverleger, dass das Gericht bei der Abwägung zwischen Persönlichkeitsrecht und Pressefreiheit auf die Würdigung des jeweiligen Einzelfalls verweist. Damit könnten die Journalisten nie sicher sein, ob später ein Ge-

richt ihre Einschätzung teile, dass das veröffentlichte Foto „relevant“ sei.

25. März

Werberat zieht Jahresbilanz

Der Deutsche Werberat hat im Jahr 2007 insgesamt 82 Kampagnen beanstandet, 18 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Das erläutert der Vorsitzende des Gremiums, Hans-Henning Wiegmann, bei der Präsentation der Jahresbilanz über Verbraucherbeschwerden in Berlin. Insgesamt seien aus der Bevölkerung Beschwerden zu 269 Werbeaktivitäten eingegangen, dabei habe der Rat die Kundenkritik an 187 Werbemaßnahmen als unbegründet bewertet, da sich die Proteste überwiegend aus extremen Ansichten der Beschwerdeführer ableiteten. Protestschwerpunkt war wie in den Jahren zuvor der Vorwurf von

Fraudiskriminierung (38 Prozent). Es folgen der Vorwurf der Verharmlosung von Gewalt, die Verletzung religiöser Gefühle sowie die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen.

2. April

ENPA-Präsident fordert externe Berater für Rundfunk

Bei neuen Programmangeboten müssen die Aufsichtsgremien von ARD und ZDF unbedingt externen Sachverständigen einholen. Das fordert der Präsident des Europäischen Zeitungsverlegerverbands ENPA, Valdo Lehari jun., anlässlich des Symposiums „Medienregulierung zwischen Brüssel und Karlsruhe“ in Berlin. Funktion von Rundfunk- beziehungsweise Fernsehrat sei es nämlich, die innere Pluralität des öffentlichen Auftrags sicherzustellen. Um die Bedeutung ei-



ENPA-Präsident Valdo Lehari jun., hier mit ZDF-Justiziar Carl-Eugen Eberle (l.), fordert ein unabhängiges Expertengremium, wenn es um neue Projekte von ARD und ZDF fürs Internet geht.



Der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck (3.v.r.) begrüßt die Präsidenten der deutschsprachigen Zeitungsverlegerverbände. Unser Bild zeigt (v.l.n.r.) Horst Pirker, Peter Asmussen, Alvin Sold, Helmut Heinen, Valdo Lehari jun. und Hanspeter Lebrument.

nes neuen Programmangebots für den Markt einzuschätzen, seien die Räte aber auf externe Beratung angewiesen, da den Gremien die Kompetenz für Marktfragen fehle.

3./4. April

Ministerpräsident Platzeck beim Präsidientreffen

Den hohen Stellenwert der Zeitungen in einem sich rasch wandelnden Medienmarkt hebt der Ministerpräsident Brandenburgs, Matthias Platzeck, anlässlich des Treffens der deutschsprachigen Zeitungsverlegerverbände in Potsdam hervor. In Deutschland gehöre der tägliche Blick in die Zeitung in vielen Haushalten zur guten Gewohnheit, insbesondere, um sich über lokale und regionale Ereignisse zu informieren, würdigt Platzeck. Gerade in Zeiten, in denen sich der Informationsfluss aufgrund der elektronischen Medien rasant beschleunige, wirke die Zeitung als

„beruhigendes, Orientierung gebendes Medium“, das bei den Menschen Vertrauen genieße. Im Mittelpunkt des jährlich stattfindenden Präsidientreffens stehen die Entwicklungen im Medienmarkt sowie die aktuellen medienpolitischen Herausforderungen. Einhellig sprechen sich die Teilnehmer gegen Werberestriktionen aus. Die Diskussionen in den Gremien der Europäischen Union über Beschränkungen der Automobil- und Alkoholwerbung bestätigten den seinerzeit bei den Auseinandersetzungen um das Tabakwerbeverbot befürchteten „Domino-Effekt“.

9. April

Deutsche Telekom – Informationstag in Bonn

Herausforderungen für die Zeitungsindustrie und die Telekommunikationsbranche im Zusammenhang mit neuen technologischen Entwicklungen und einem veränderten Kommunikationsverhal-



Einerseits Kunde, andererseits Konkurrent am Markt – zwischen Zeitungsunternehmen und Telekom gibt es zahlreiche Berührungspunkte. Hier diskutieren (v.l.n.r.) Christopher Schläffer, René Obermann, Werner Lauff (Moderator), Tobias Trevisan und Richard Rebmann.

ten stehen im Mittelpunkt eines ganztägigen Informationsaustauschs zwischen Spitzenvertretern der Deutschen Telekom AG und Repräsentanten der Zeitungsverlage in Bonn. Angeführt werden die Delegationen von BDZV-Vizepräsident Richard Rebmann, Geschäftsführer Südwestdeutsche Medien Holding, Stuttgart, und dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom AG, René Obermann.

15. April

BDZV: Gewerkschaftsforderung „völlig überzogen“

Der BDZV kritisiert die Forderung des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) nach einer 7,5-prozentigen Gehaltserhöhung. „Es gibt keine sachliche, branchenbezogene Begründung für eine solche Forderung. Sie ist völlig überzogen und

deshalb in ihrer Höhe auch unmissverständlich zurückzuweisen“, sagt der Verhandlungsführer des BDZV, Werner Hundhausen, in Bonn. Der Verzicht der Journalistengewerkschaft auf eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten der Zeitungsbranche in die Zukunft hinein sei keine geeignete Verhandlungsgrundlage. Wenig später wird die dju in ver.di Forderungen in gleicher Höhe an den BDZV richten.

17. April

Zeitungsprojekte für 900.000 Kinder und Jugendliche

Rund 900.000 Kinder und Jugendliche nehmen im Schuljahr 2007/2008 an Leseförderungsaktivitäten der deutschen Zeitungen in Kindergärten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen für junge Leute teil. Das ist das Ergebnis einer



Ein Netzwerk aus Zeitungen und Zeitschriften zur Stärkung der Demokratie, das soll nach dem Willen von Bernd Neumann, Staatsminister für Kultur und Medien (vordere Reihe, 4.v.l.), die neue Initiative Printmedien befördern.

Umfrage, die der BDZV in Berlin anlässlich der Gründung der „Nationalen Initiative Printmedien – Zeitungen und Zeitschriften in der Demokratie“ durch Kulturstaatsminister Bernd Neumann veröffentlicht. Die Leseförderungsprojekte haben eine Dauer von zwei Wochen bis zu drei Monaten; in dieser Zeit liefern die Verlage insgesamt rund 23 Millionen Tageszeitungen und 760.000 Wochenzeitungen unentgeltlich an die Projektteilnehmer, um Kindern und Jugendlichen die intensive Beschäftigung mit „ihrer Zeitung“ zu ermöglichen.

23. April

Widerstand gegen Gratismagazinpläne der Deutschen Post

Der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, spricht sich nachdrücklich gegen Pläne

der Deutschen Post AG aus, eigene Gratis- und Anzeigenblätter zu verlegen und über ihr Vertriebsnetz unmittelbar an die Endkunden zu verteilen. Die Post hatte angekündigt, in großem Stil und in Millionenaufgabe überregionale Printprodukte mit Themen wie Telekommunikation, Computer oder Automobil zu verteilen. Zeitungs- und Zeitschriftenverleger begrüßen die Haltung Neumanns. Mit seiner Warnung vor den ordnungspolitischen Folgen bestätigte der Staatsminister die Kritik der Verleger an dem Postvorhaben. Auch der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger kritisiert die Pläne in einem Interview: Der Ex-Monopolist Post habe eine besondere Stellung im Markt und damit eine besondere Verantwortung für den Wettbewerb – gerade auch außerhalb der Postdienstleistungen. Zuvor hatte der BDZV bereits

am 10. April ohne jede Einschränkung die von der Deutschen Post AG angekündigten Pläne abgelehnt, themenbezogene Wochenblätter auf den Markt zu bringen. Die Bundesrepublik Deutschland sei größter Einzelaktionär der Deutschen Post und verzichte trotz beschlossener Liberalisierung auch weiterhin auf die Umsatzsteuer für das Briefgeschäft des „faktischen Monopolisten“, erklären die Zeitungsverleger. Wenn diese Gewinne nun dazu genutzt würden, in das privatwirtschaftlich organisierte Pressewesen einzudringen, sei neben der Wettbewerbsverzerrung im Briefmarkt eine weitere Branche gefährdet. Eine entsprechende Klage hat der BDZV im März 2008 eingereicht, da die Deutsche Post bereits ihrem Verteilprodukt „Einkauf Aktuell“ eine Illustrierte beifügt und damit – angesichts der Beteiligung der Bundesrepublik – gegen den Verfassungsgrundsatz der „Staatsfreiheit der Presse“ verstößt.

24. April

BND bespitzelt Journalisten – BDZV fordert Aufklärung

Vollständige Aufklärung der Bespitzelung deutscher Journalisten durch den Bundesnachrichtendienst (BND) in Afghanistan fordert der BDZV in Berlin. Anlass ist die Überwachung des E-Mail-Verkehrs einer „Spiegel“-Reporterin mit einem afghanischen Politiker. „Es darf nicht sein, dass der BND geltende Gesetze einfach ignoriert“, heißt es dazu vom BDZV. Offensichtlich hätten die Gesetzesvorhaben der jüngsten Vergangenheit – wie Telekommunikationsüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, heimliche Onlinedurchsuchung privater PCs – in Deutschland zu einem Klima geführt, bei dem sich staatliche

Institutionen zum Schutz der Bevölkerung auch zu Aktivitäten jenseits von Recht und Gesetz motiviert fühlen könnten.

29. April

Verein Berliner Zeitungsverleger mit neuem Namen

Der Verein der Zeitungsverleger in Berlin und Brandenburg hat einen neuen Namen: Als Verband der Zeitungsverlage in Berlin und Ostdeutschland (VZBO) vertritt er künftig die Interessen der Zeitungen in den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Peter Asmussen, Vorsitzender der Geschäftsführung Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH, Potsdam, bleibt Vorsitzender des Verbandsvorstands.

3. Mai

Internationaler Tag der Pressefreiheit

„Meine Kollegen vom Weltverband der Zeitungen wie auch wir beim BDZV suchen jede Gelegenheit, auf die unerträglichen Verstöße gegen die Menschenrechte und die inakzeptable Beschneidung einer freien Berichterstattung in China hinzuweisen“, das betont BDZV-Präsident Helmut Heinen in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur zum Internationalen Tag der Pressefreiheit. „Wir fordern die unverzügliche Freilassung der inhaftierten Journalisten und sogenannten Cyber-Dissidenten, die hinter Gittern sitzen, weil sie ihre Arbeit gut gemacht haben, nämlich Missstände zu recherchieren und darüber zu informieren“, sagt Heinen weiter. Die Äußerungen des BDZV-Präsidenten erscheinen als Zusammenfassung oder im Wortlautinter-



Zum Internationalen Tag der Pressefreiheit bieten BDZV und ZMG ein Sondermotiv im Rahmen der Imagekampagne: „Die Zeitungen. Wer liest, versteht.“ an.

view in gut 70 Tageszeitungen sowie auf zahlreichen Websites von Zeitungen und anderen Medien.

6. Mai

Medientreffpunkt Mitteldeutschland: Heinen plädiert für Ordnungsprinzip

BDZV-Präsident Helmut Heinen fordert die öffentlich-rechtlichen Sender auf, die Marktaktivitäten der Verlage im Internet nicht zu stören. „Das Ordnungsprinzip des Printmarkts muss auch im Internet gelten“, sagt er bei einem Streitgespräch mit dem ARD-Vorsitzenden Fritz Raff beim Medientreffpunkt Mitteldeutschland in Leipzig. Der Printmarkt in Deutschland zeichne sich durch Vielfalt und einen funktionierenden Wettbewerb aus, der durch gebührenfinan-

zierte Sender nicht verzerrt werden dürfe. Dies sei auch das Modell für das Netz, wo sich Verlage gerne jeder privatwirtschaftlichen Konkurrenz stellen, so Heinen. ARD und ZDF müssten sich hingegen bei ihren Onlineaktivitäten auf sendungsbezogene Inhalte beschränken. Auf keinen Fall dürften die Anstalten textbasierte elektronische Presseprodukte anbieten.

7. Mai

Überwältigende Mehrheit für Helmut Heinen

Der Präsident des BDZV, Helmut Heinen, wird in Berlin von der Delegiertenversammlung mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt. Heinen ist Herausgeber der „Kölnischen Rundschau“; er steht seit dem Jahr 2000 an der Spitze des Verlegerverbands; zuvor war er zehn Jahre lang Vi-



BDI-Präsident Jürgen Thumann bewertet die wirtschaftliche Lage des „Standorts Deutschland“ als grundsätzlich erfreulich, mahnt allerdings auch eine verlässliche Politik an.



Das Präsidium des BDZV für die Wahlperiode 2008 bis 2010: (hinten v.l.n.r.) Helmut Heinen und Rudolf Knepper, (vorne v.l.n.r.) Werner Hundhausen, Wolfgang Pütz, Hans Georg Schnücker und Richard Rebmann.

zepräsident. Als Vizepräsidenten in ihrem Amt bestätigt werden Wolfgang Pütz, Verleger des „Remscheider General-Anzeigers“; Richard Rebmann, Geschäftsführer der Südwestdeutschen Medien Holding GmbH, Stuttgart; sowie Rudolf Knepper, stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Vorstand Technik und Logistik der Axel Springer AG, Berlin/Hamburg. Neu in das Gremium gewählt wird Hans Georg Schnücker, Sprecher der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Rhein Main, Mainz. Er folgt dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der ZMG in Frankfurt am Main, Karlheinz Röthemeier, nach, der nicht mehr kandidierte. Kooptiertes Mitglied des Präsidiums ist Werner Hundhausen, „General-Anzeiger“, Bonn. Anlässlich der Delegiertenversammlung nutzt der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Jürgen

Thumann, die Gelegenheit zu einem Vortrag über den „Standort Deutschland“. Die wirtschaftliche Lage sei erfreulich, versichert der BDI-Präsident. Damit dies so bleibe, sei allerdings eine verlässliche Politik notwendig. Probleme macht Thumann hier besonders auf drei Feldern aus: beim Klimaprogramm der Bundesregierung, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Erbschaftssteuer.

12. Mai

Peter Tamm 80

Professor Peter Tamm, langjähriger Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Verlag AG und Vizepräsident des BDZV, vollendet sein 80. Lebensjahr. Tamm, der seine Karriere einmal als Schiffsfahrts-Redakteur beim „Hamburger Abendblatt“ begonnen hat, ist heute Inhaber und Verleger des Marine-Verlags Köhler Mittler-Ver-

lagsgruppe und Besitzer der größten privaten Marine-Sammlung der Welt, dem Wissenschaftlichen Institut für Schifffahrts- und Mariengeschichte.

14. Mai

Jury entscheidet über Theodor-Wolff-Preis

Für hervorragende journalistische Leistungen in der politischen Tages- und Wochenpresse werden in Berlin sechs Journalisten mit dem Journalistenpreis der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis ausgezeichnet. Die mit 6.000 Euro dotierte Würdigung erhalten in der Kategorie „Allgemeines“ Mark-Joachim Obert („Frankfurter Rundschau“) und Thomas Kistner („Süddeutsche Zeitung Magazin“, München). Der ebenfalls mit 6.000 Euro dotierte Preis in der Kategorie Kommentar, Glosse, Essay geht an

Carolin Emcke („Zeit Magazin Leben“, Hamburg). In der Kategorie Lokales bekommen die Auszeichnung Stephan Hermsen („Neue Ruhr/Rhein Zeitung“, Essen) sowie Miriam Opresnik und Özlem Topçu („Hamburger Abendblatt“). Die Preise werden bei einem Festakt am 10. September in Köln überreicht.

10. Juni

medienforum.nrw:

Verlagsindustrie im Umbruch

„Ob die Zeitungshäuser in Zukunft mit neuen Geschäftsfeldern, insbesondere Onlinezeitungen, Einbußen an Lesern und Werbung kompensieren können, hängt nicht nur vom journalistischen und verlegerischen Können ab, sondern auch von den medienpolitischen Rahmenbedingungen“, resümiert Clemens Bauer, Vorsitzender

des Zeitungsverleger Verbands Nordrhein-Westfalen (ZVNRW) und Vorsitzender der Geschäftsführung der Mediengruppe Rheinische Post (Düsseldorf), beim Printkongress von ZVNRW und BDZV. Unzufrieden zeigt sich Bauer anlässlich des 20. medienforums.nrw in Köln mit den beabsichtigten Änderungen im 12. Rundfunkstaatsvertrag. Ohne wirtschaftliche Risiken zu tragen, erhielten die öffentlich-rechtlichen Sender den Status von Onlinevollanbietern und dadurch eine gleichwertige dritte Geschäftssäule. Das Internet dürfe aber nur Unterstützungsfunktion für deren Hauptaufgabe haben, die Bevölkerung mit Fernsehen und Hörfunk zu versorgen, fordert Bauer.

Zuvor hatte der nordrhein-westfälische Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid, versichert, dass die Länder bei der anstehenden Änderung des Rundfunkstaatsvertrags „sehr darauf aufpassen“ würden, keine Verzerrung im Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privatwirtschaftlich agierenden Medien zu erzeugen. Im Anschluss entwickelt der Vorstandsvorsitzende der Styria Media AG (Graz) und Präsident der IFRA, Horst Pirker, seine Theorie von den „drei Leben“ der Zeitung. Bisher habe es sie vor allem als verkaufte Zeitung gegeben, mittlerweile existierten auch sogenannte Hybrid-Modelle (Beispiel: „Die Welt“ und „Welt kompakt“) sowie die aus der einstigen Kaufzeitung entwickelte Gratiszeitung. Sein Fazit: Die Tageszeitung hat auch auf Papier noch lange nicht ausgespielt.

In der anschließenden Diskussion stellt der Geschäftsführer der Agentur DDB Deutschland (Berlin), Tonio Kröger, fest, dass die Entscheidungen der Verlagsbranche im Moment „eher

taktisch, nicht strategisch und nicht offensiv“ motiviert seien. Er empfehle „einen mutigen Schritt nach vorne, um Contentlieferer für alle zu werden“. Lars Hinrichs, Vorstandsvorsitzender des Community-Portals XING (Hamburg), hält es für nicht erstaunlich, dass digitale Innovationen derzeit vor allem außerhalb der Verlage entstehen und hinzu gekauft werden müssten. Es sei einfacher, etwas Neues zu erfinden, „wenn man auf der grünen Wiese ist und nicht den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht“. Eine solche grüne Wiese mit „allen Freiheiten und ein bisschen Geld zum Herumexperimentieren“ wünscht sich die Chefredakteurin von derWesten.de (Essen), Katharina Borchert, für die Verlage. Stefanie Lüdecke, Geschäftsführerin des Onlinevermarketers Quality-Channel (Hamburg), empfiehlt, nach dem „redaktionell getriebenen“ und einzigartigen Content für die Onlineauftritte der Zeitungen im Internet zu streben. Einfach Nachrichten abbilden, das könnten alle. In zwei kurzen Streitgesprächen geht es dann um die Frage, „was geht – und was geht nicht“ im Widerstreit von Presse und PR; und ob die Zeitungen eher „ZukunftsmEDIUM oder Dinosaurier“ sind? Am Podium: Jörg Howe, Leiter Unternehmenskommunikation Arcandor, und Bernd Hilder, Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, sowie Sven Gösmann, Chefredakteur der „Rheinischen Post“ (Düsseldorf), und Jochen Wegner, Chefredakteur von Focus online (München).

11. Juni

BDZV-Sonderpreis für crossmediale Schülerzeitungsausgabe

Durch die Vernetzung von Print und Online können Schülerzeitungen zu einem noch größeren



Uneins über die Expansionsbestrebungen von ARD und ZDF im Internet: Clemens Bauer (Mitte) und der NRW-Medienminister Andreas Krautscheid (l.), hier mit Moderator Werner Lauff.



Die Preisträger des Gymnasiums Augustinianum in Greven, hier mit Staatssekretär Günter Winands (l.) und BDZV-Pressesprecher Hans-Joachim Fuhrmann (r.).

Forum an den Schulen werden, sagt BDZV-Pressesprecher Hans-Joachim Fuhrmann anlässlich der Preisverleihung beim bundesweiten Schülerzeitungswettbewerb in Berlin. Der BDZV hat in diesem Jahr zum zweiten Mal einen Sonderpreis für eine Schülerzeitung ausgelobt, die „ihre Printausgabe in herausragender Weise mit den Möglichkeiten des Internets verbindet“. Die Zeitungsverleger wollen damit dokumentieren, dass die aktuellen Herausforderungen für die klassische Presse erst recht für Schülerzeitungen gelten: „Wer heute junge Leute erreichen will, kommt am Internet nicht vorbei.“ Gewinner des Sonderpreises ist das Gymnasium Augustinianum in Greven mit „GAG“. Schirmherr des Schülerzeitungswettbewerbs ist der Bundesratspräsident und Erste Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, Ole von Beust.

12. Juni

Zeitungsverleger fordern fairen Wettbewerb

Der BDZV kritisiert die Entscheidung der Ministerpräsidenten zum 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag scharf. Es sei sehr bedauerlich, dass diese lediglich im Bereich der nichtsendungsbezogenen Telemedien eine klare Absage an lange Text- und Fotoangebote der öffentlich-rechtlichen Anstalten im Internet enthalte. Unter dem Etikett „sendungsbezogen“ dürften ARD und ZDF weiterhin Angebote machen, die in Form und Inhalt quasi identisch mit vielen Internetportalen der Verlage seien. Die öffentlich-rechtlichen Sender hätten jetzt „mit dem Segen der Ministerpräsidenten freie Bahn, jedes Thema mit beliebig viel Text- und Fotomaterial ins Netz

zu verlängern“, warnt der BDZV. Dies führe zu einer dramatischen Verzerrung der Wettbewerbsverhältnisse im Nutzermarkt, wo sich die Zeitungsverlage wie andere private Anbieter behaupten müssten. In einem Brief an die zuständige EU-Kommissarin Neelie Kroes appelliert BDZV-Präsident Heinen, in den anstehenden Konsultationen die für einen fairen Wettbewerb unerlässlichen Korrekturen von Bund und Ländern einzufordern.

17./18. Juni

Multimedia-Konferenz: Zeitung online 2008

Mit neuen Services im Internet und einem vergrößerten Portfolio an Crossmedia-Produkten sind die Zeitungsverlage auf einem guten Weg; doch die Potenziale sind längst nicht ausgeschöpft.

Das ist die Botschaft der Zeitung online 2008 in Potsdam. Mehr als 270 Medienmanager und Chefredakteure nehmen an der Konferenz von BDZV und IFRA teil, um sich über Strategien, Konzepte und Geschäftsmodelle auszutauschen. Experten aus den USA, Norwegen, Polen und Deutschland präsentieren Best-Practice-Beispiele. Der BDZV-Vizepräsident und Geschäftsführer der Südwestdeutschen Medien Holding (Stuttgart), Richard Rebmann, betont, dass sich die neu gestarteten Onlineoffensiven der Verlage „erfreulicherweise in einer zunehmenden Akzeptanz in den Nutzermärkten widerspiegeln“. Allerdings seien die Werbeumsätze und damit der Anteil des Onlinegeschäfts am Gesamtumsatz der Verlage noch zu gering. Der Kommunikationstheoretiker Norbert Bolz prophezeit der Zeitung eine große Zukunft: Wie kein ande-



BDZV-Vizepräsident Richard Rebmann (r.) im Gespräch mit Peter Stefan Herbst, Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“, und Domenika Ahlrichs, Chefredakteurin der „Netzeitung“.



Im Berliner Olympiastadion: Unten auf dem Rasen tummeln sich die Fußballspieler ...



... und oben in der VIP-Lounge die Gäste beim Sommerfest des BDZV.

res Medium könnten Zeitungen in einer zuvor nie dagewesenen Informationsflut Orientierung geben: als gedrucktes Universalmedium und – eher zielgruppenorientiert – im Internet. Dabei müssten die Zeitungen die Stärke ihrer Marken ausspielen. IFRA-Geschäftsführer Reiner Mittelbach erläutert Szenarien für die Zukunft der Medien und die möglichen Folgen für die Zeitungshäuser. Der Strategieberater Robin Meyer-Lucht empfiehlt den Verlagsmanagern unter anderem, sich gerade im Lokalen als Informations- und Kommunikationsplattform für alle Lebensbereiche und Nutzerbedürfnisse noch besser zu positionieren. Als Experten für erfolgreiche digitale Strategien und Anwendungen außerdem auf dem Podium: Gunnar Möller (Germanwings); Manfred Klaus (Plan.net); Sean McDonell („Boston Globe“); Lukas Kircher (KircherBurkhardt).

17. Juni

BDZV kickt im Berliner Olympiastadion

Mehr als 500 Gäste kommen zum Sommerfest des BDZV ins Berliner Olympiastadion. Den Anpfiff zum außergewöhnlichen Spektakel geben BDZV-Präsident Helmut Heinen und Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung. Dies sei eine gute Gelegenheit, einmal abseits der großen Politik und im wahrsten Sinne des Wortes spielend zueinanderzukommen, begrüßt Heinen die Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien. Höhepunkt des Abends ist ein Fußballspiel zwischen einer Auswahl von Chefredakteuren und Verlegern und dem FC Bundestag, das von der Verleger-Elf knapp, aber verdient mit 2:1 gewonnen wird. Doppelter Torschütze auf Seiten des FC BDZV ist der Leiter der Axel-Springer-Akademie, Jan-Eric Peters.

1. Juli

Neue Pressepost-Gebühren

Die zwischen dem BDZV und der Deutschen Post AG ausgehandelten Pressepost-Gebühren werden wirksam. Danach steigen die Preise für Postvertriebsstücke um 1,6 Cent pro Stück. Darüber hinaus gibt es eine Einigung über die Preisentwicklung der kommenden fünf Jahre, die ab 1. Januar 2009 gilt: Künftig wird die Preiserhöhung für das folgende Kalenderjahr jeweils im Juni des laufenden Jahres festgelegt; sie orientiert sich an der prozentualen Entwicklung der Bezugspreise für Tageszeitungen im Postabonnement. Die Höhe des Grundentgelts bleibt für die Dauer der Fünf-Jahres-Vereinbarung konstant – ebenso wie der Zuschlag für das Schnellläufernetz.

8. Juli

Jahrespressekonferenz:

Allgemeine Werbeblaute trifft Zeitungen

Die Zurückhaltung der Wirtschaft bei den Werbeinvestitionen bekommen auch die Zeitungen zu spüren: In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres ist das Anzeigenvolumen im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Prozent zurückgegangen. „Unser Medium leidet ebenso wie andere klassische Werbeträger unter einer Werbeblaute“, sagt BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff anlässlich der Jahrespressekonferenz in Berlin. Ursache dafür seien Konsumenten, die weniger kaufen, und als Folge Unternehmen, die weniger Werbung machen. Vor allem der Handel habe seine Werbebudgets eingeschränkt.

Angesichts der schwierigen Marktsituation sei es geradezu grotesk, dass die Deutsche Post AG



BDZV-Jahrespressekonferenz in Berlin: volles Haus bei der Veröffentlichung der aktuellen Daten für die Zeitungsbranche.

plane, mit Gratistiteln in den Pressemarkt zu drängen. Dazu Wolff: „Es wäre ein Skandal, wenn ein ehemaliges Staatsunternehmen, bei dem der Staat auch heute noch der größte Aktionär ist, versuchen würde, die etablierten Zeitungen im Leser- und Werbemarkt anzugreifen.“ Kritik übt der BDZV auch an neuen Eingriffen der EU in die Belange der Kommunikationswirtschaft. Wenn die Forderung des EU-Parlaments tatsächlich umgesetzt werde und künftig 20 Prozent der Autowerbung in Zeitungen für umweltbezogene Aussagen genutzt werden müssten, so führe dies automatisch zum Wegfall von Anzeigen. Eine solche Werbezensur könne im Extremfall zum Verlust von 500 Millionen Euro Anzeigenumsatz führen, mit allen absehbaren Folgen für die Leistungskraft der Zeitungen und die Arbeitsplätze in den Verlagen.

Das Geschäftsjahr 2007 verlief, so der BDZV, weiter nicht zufriedenstellend. Die Umsätze stie-

gen lediglich um 0,5 Prozent. Während die Vertriebsumsätze stagnierten, gab es bei den Anzeigen- und Beilagenerlösen ein Plus von 0,9 Prozent. Der Gesamtumsatz der Branche in Höhe von 9,1 Milliarden Euro entspricht dem Niveau des Jahres 1995. Zufrieden zeigt sich der BDZV hingegen mit der Entwicklung der Zeitungsreichweiten im Internet. Vier von zehn Internetnutzern gehen regelmäßig auf Zeitungswebsites. Innerhalb eines Jahres haben die Verlage die Zahl der regelmäßigen Nutzer um vier Prozent von 13,8 auf 15,5 Millionen gesteigert. Eine wichtige Herausforderung sei es, die Zeitungswebsites noch offensiver als „Werbeträger von höchster Qualität“ zu vermarkten. Zu den neuen Onlineprodukten der Verlage gehören neben Videoangeboten auf mehr als 120 Zeitungswebsites eine wachsende Zahl mobiler Internetportale.

Zeitungsjubiläen¹

220 Jahre

„Haller Tageblatt“, Schwäbisch Hall

175 Jahre

„Gandersheimer Kreisblatt“, Gandersheim
 „Gelnhäuser Tagblatt“, Gelnhausen
 „Ipf- und Jagst-Zeitung“, Ellwangen
 „Leonberger Kreiszeitung“, Leonberg
 „Oberhessische Zeitung“, Alsfeld
 „Schwäbische Zeitung“, Lokalausgabe Bad Saulgau

155 Jahre

„Der Westallgäuer“, Weiler im Allgäu

150 Jahre

„Pinneberger Tageblatt“, Pinneberg
 „Starkenburger Echo“, Heppenheim

140 Jahre

„Meller Kreisblatt“, Melle

125 Jahre

„Berchtesgadener Anzeiger“, Berchtesgaden
 Druckhaus Dennhardt Verlag GmbH, Höchststadt/Aisch
 „Main-Post“, Würzburg
 „Tageblatt für den Kreis Steinfurt“, Ochtrup

120 Jahre

„General-Anzeiger“, Rhaderfehn
 Holzer Druck- und Medienhaus, Weiler im Allgäu

100 Jahre

„Kornwestheimer Zeitung“, Kornwestheim

80 Jahre

„Grenz-Echo“, Eupen

60 Jahre

„Abendzeitung“, München
 „Schwäbische Post“, Aalen
 „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, Essen

40 Jahre

„Express“, Düsseldorf
 „Neue Osnabrücker Zeitung“, Osnabrück
 „Nordbayerischer Kurier“, Bayreuth

25 Jahre

„Kurier am Sonntag“, Bremen

1) 1. August 2007 bis 31. Juli 2008.